

Teilnahmeantrag

Neubau der Sporthalle Benzstraße - Objektplanung Gebäude und Innenräume

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Diese Anlage ist wesentlicher Bestandteil der Bekanntmachung und zwingend zu beachten.

Inhalt des Teilnahmeantrags

ABSCHNITT 1

- 1.1 Anschreiben Teilnahmeerklärung
- 1.2 Teilnahmeerklärung
- 1.3 (falls zutreffend) Erklärung der Bewerbergemeinschaft

*Abschnitt 2 und 3 sind durch jedes Mitglied einer möglichen Bewerbergemeinschaft auszufüllen und der **Anlage A** beizufügen.*

ABSCHNITT 2: Angaben zu Auftrags- und Teilnahmebedingungen

- 2.1 Nachweis einer geforderten Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV
- 2.2 Erklärung zu Unterauftragnehmern
- 2.3 Erklärung zur Eignungsleihe
- 2.4 Erklärung zum Ausschluss von Doppelbewerbungen
- 2.5 Nachweis der Eintragung in einem Handels-/Partnerschaftsregister
- 2.6 Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB
- 2.7 Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen gem. § 124 (1) Nr. 5 GWB
- 2.8 Eigenerklärung Russlandgeschäft

ABSCHNITT 3: Angabe zur Eignung der Bewerber

- 3.1 Erklärung zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- 3.2 Nachweis geforderter Berufshaftpflichtdeckung
- 3.3 Erklärung zur Anzahl der fest angestellt Beschäftigten oder Inhaber
- 3.4 Berufliche Leistungsfähigkeit / Referenzen

ANLAGEN

- ANLAGE A (zu 1.3) – weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft
- ANLAGE B (zu 2.1) – Befähigungsnachweis
- ANLAGE C (zu 2.2) – Erklärung Unterauftragnehmer
- ANLAGE D (zu 2.3) – Erklärung Eignungsleihe und Haftungserklärung
- ANLAGE E (zu 2.5) – Handels-/Partnerschaftsregister
- ANLAGE F (zu 2.8) – Eigenerklärung Russlandgeschäft
- ANLAGE G (zu 3.2) – Versicherungsnachweis
- ANLAGE H (zu 3.4) – Referenzbogen für Referenzprojekte



Stadt Bielefeld
Immobilien-servicebetrieb

TEILNAHMEANTRAG

TEILNAHMEANTRAG

ABSCHNITT 1

Der Teilnahmeantrag samt Anlagen ist elektronisch bis spätestens 16.11.26, 10:00 Uhr (Submissionstermin) über die Online-Plattform Vergabe Westfalen einzureichen:

<https://www.vergabe-westfalen.de/>

1.1 Anschreiben Teilnahmeerklärung

Neubau der Sporthalle Benzstraße - Objektplanung Gebäude und Innenräume (Teilnahmewettbewerb, Stufe 1)

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bewerben wir uns für die ausgeschriebene Planungsleistung für das oben genannte Projekt. Wir versichern, dass die von uns in diesem Bewerbungsformular gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und dass die genannten Referenzprojekte von unserem Unternehmen entsprechend unseren Angaben bearbeitet wurden.

Wir bestätigen, dass die von uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet, gespeichert und ggf. nicht berücksichtigten Bietern mitgeteilt werden. Darüber hinaus versichern wir, dass wir die Einwilligungen der Betroffenen zur Weitergabe der personenbezogenen Daten insbesondere hinsichtlich der Referenzen (Namen und Kontaktdetails der Ansprechpartner) rechtmäßig eingeholt haben und kein Widerruf insoweit vorliegt.

--	--

Ort, Datum

Klarname in Reinschrift

1.2 Teilnahmeerklärung

- ☐ Als Einzelbewerber (keine Bewerbergemeinschaft)
☐ Als federführender Vertreter einer Bewerbergemeinschaft

Büroname / Name

unterschriftsberechtigte Person

Ansprechpartner / Projektleiter

Straße

PLZ / Ort

Telefonnummer / Fax und E-Mail

ACHTUNG

Ort, Datum

Klarname in Reinschrift

Als Mitglied / Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft beteiligt ist / sind (falls zutreffend):

Kontaktdaten Mitglied einer Bewerbergemeinschaft Nr. 1

Büroname / Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Kontakt Daten Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft Nr. 2

Büroname / Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Für jedes hier genannte Mitglied der Bewerbergemeinschaft gelten die **Abschnitte 2 und 3** dieses Teilnahmeantrags gleichermaßen. Daher liegen die jeweils separat ausgefüllten **Abschnitte 2 und 3** diesem Teilnahmeantrag nebst erforderlichen Nachweisen als **[Anlage A]** bei.

Zudem ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft die nachfolgende Erklärung der Bewerbergemeinschaft (**Pkt. 1.3**) zwingend durch alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

1.3 (falls zutreffend) Erklärung der Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

federführendes Mitglied

Mitglied

Mitglied

beschließen im Falle einer Auftragserteilung die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft und erklären, dass wir für die Vertragserfüllung als Gesamtschuldner für die Vertragserfüllung und für alle im Zusammenhang mit dem Vertrag stehenden Ansprüche haften.

Außerdem erklären wir, dass der bevollmächtigte Vertreter

die Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft und die Mitglieder der Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt. Der bevollmächtigte Vertreter ist mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen.

Ort, Datum

Klarname in Reinschrift

**Federführendes
Mitglied**

Mitglied 1

Mitglied 2

ABSCHNITT 2

2.1 Nachweis einer geforderten Berufsqualifikation gem. § 75 VgV

Zur Angebotsabgabe zugelassen sind natürliche und juristische Personen, die die geforderten fachlichen Anforderungen erfüllen. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn sie gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates berechtigt sind, am Tage der Bekanntmachung die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ bzw. „Bachelor / Master of Science / Engineering“ zu führen, oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu sein.

Ist die Berufsbezeichnung im jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2005/36/EG und den Vorgaben des Rates vom 07.09.2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22) entspricht. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der mit der Aufgabe betraute Mitarbeiter die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Bietergemeinschaften natürlicher und/oder juristischer Personen sind ebenfalls zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zugelassen ist.

Aktuelle Befähigungsnachweise der jeweiligen Fachrichtung sind als **Anlage B** in Kopie beigelegt.

2.2 (falls zutreffend) Erklärung zu Unterauftragnehmern

Ich / Wir beabsichtige/n Teile des Auftrags an Unterauftragnehmer (§ 26 VgV) zu vergeben.

Unterauftragnehmer Nr. 1

Büroname / Name des Unterauftragnehmers

Adresse des Unterauftragnehmers

Bestandteile der Unterbeauftragung

Unterauftragnehmer Nr. 2

Büroname / Name des Unterauftragnehmers

Adresse des Unterauftragnehmers

Bestandteile der Unterbeauftragung

Eigenerklärung zur Leistungsbereitstellung von Unterauftragnehmern

Im Falle von Unterbeauftragungen ist eine Erklärung (Eigenerklärung als **Anlage C**) über die Leistungsbereitstellung von Unterauftragnehmern abzugeben: Mit Vorlage der Bewerbung muss der Unterbeauftragte rechtsverbindlich erklären, dass er zur Auftragsausführung zur Verfügung steht. Sollte dieser bei Beauftragung nicht mehr zur Verfügung stehen, besteht ein Sonderkündigungsrecht.

2.3 Erklärung zur Eignungsleihe

Ich/Wir beabsichtige(n), im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe).

Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns die für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien erforderlichen Kapazitäten durch die folgenden Eignungsleiher zur Verfügung gestellt werden. Die Eignungsleiher haben mir/uns gegenüber erklärt, dass keine Ausschlussgründe vorliegen. Mir/Uns ist bewusst, dass sich die Vergabestelle jederzeit die Nachweise und Eigenerklärungen vorlegen lassen kann.

Eignungsverleihendes Unternehmen Nr. 1

Büroname / Name des eignungsverleihenden Unternehmens

Adresse

Angabe der Kapazitäten

Eignungsverleihendes Unternehmen Nr. 2

Büroname / Name des eignungsverleihenden Unternehmens

Adresse

Angabe der Kapazitäten

Im Falle der Eignungsleihe hat der Eignungsleiher eine Haftungserklärung einzureichen, siehe **Anlage D**.

2.4 Erklärung zum Ausschluss von Doppelbewerbungen

Hiermit erklären wir, dass sich kein weiteres Mitglied des Büros oder der Bewerbungsgemeinschaft bewirbt.

2.5 Nachweis der Eintragung in einem Handels-/Partnerschaftsregister

Bitte angeben

Geschäftsform des Bewerbers:

Handelt es sich bei einem Bewerber oder einem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft um eine juristische Person, OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft, ist dem Teilnahmeantrag ein aktueller Handels- oder Partnerschaftsregistrauszug (oder vergleichbares Register des Herkunftslandes des Bewerbers) beizufügen, der nicht älter als 12 Monate sein darf.

Registernummer, Ort

Satzungsgemäßer Geschäftszweck

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

Ein aktueller Handelsregistrauszug (o.Ä.) nicht älter als 12 Monate, ab Bekanntmachungstermin ist als **Anlage E** beigelegt.

2.6 Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB

Ich/Wir erkläre(n), dass

keine Person, deren Verhalten¹ meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt und auch gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach²:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, sowie auch gegen öffentliche Haushalte richtet,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
9. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
10. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
11. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis und 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),

mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

¹ Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

² Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

2. Ich/wir erkläre(n),
dass mein/unser Unternehmen nicht
- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein - Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens³ infrage gestellt wird
- und dass andere Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 2 GWB ebenfalls nicht erfüllt sind.⁴

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Sofern diese Erklärung für Bewerber-/Bietergemeinschaften gelten soll, sind alle Mitglieder der Gemeinschaft in Form von Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung aufzuführen.

Name, Vorname oder Unternehmensbezeichnung

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, ausreichende Maßnahmen getroffen zu haben, sodass trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der Bieter/d. Bieters/Bieterin mit Firmenstempel)

Hinweis für Angebote in Schriftform: Die Erklärung ist zu unterschreiben.

Hinweis für elektronische Angebote: Die Unterschrift auf diesem Vordruck entfällt.

(3) siehe Fußnote 1 auf vorheriger Seite

(4) Dies betrifft Ausschlussgründe nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 98c des Aufenthaltsgesetzes § 19 Mindestlohngesetz und § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz sowie § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, sofern der Anwendungsbereich des § 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (u. a. mind. 1.000 Mitarbeiter im Inland) eröffnet ist.

2.7 Erklärung zu wirtschaftlichen und rechtlichen Verknüpfungen

Hiermit erklären wir,

Bitte angeben

- ☐ dass **keine** wirtschaftlichen und rechtlichen Verknüpfungen mit Unternehmen oder Kooperationsgemeinschaften in Bezug auf die Teilnahme am Verfahren vorliegen.
- ☐ dass wirtschaftliche und/oder rechtliche Verknüpfungen mit Unternehmen oder Kooperationsgemeinschaften in Bezug auf die Teilnahme am Verfahren vorliegen:

2.8 Eigenerklärung Russlandgeschäft

Bieter und alle Mitglieder einer Bietergemeinschaft müssen die Anforderungen zu Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025) erfüllen („Russland-Sanktionspaket“) und die entsprechenden Eigenerklärungen abgeben (**Anlage F**).

ABSCHNITT 3

3.1 Erklärung zur finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Angaben zu dem Gesamtumsatz bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Alle Angaben in € und netto. Die Angabe muss je Bewerber oder Mitglied der Bewerbergemeinschaft erfolgen. Berücksichtigt wird die Summe des Umsatzes aller Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft.

Geschäftsjahr	Gesamtumsatz
2023	
2024	
2025	

3.2 Nachweis geforderter Berufshaftpflichtdeckung gem. § 45 (4) Nr. 2 VgV

Hiermit bestätige ich, dass eine Berufshaftpflichtversicherung in entsprechender Höhe besteht oder im Auftragsfalle die Berufshaftpflichtversicherung entsprechend abgeschlossen bzw. erhöht wird. Einen entsprechenden Nachweis in Form einer schriftlichen Bestätigung / Erklärung eines in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherers oder Kreditinstituts habe ich angefügt.

Mindestanforderung: Deckungssumme in Höhe von mind. 1.500.000 EUR für Personenschäden sowie in Höhe von mind. 300.000 EUR für Sach-, Vermögensschäden und sonstige Schäden mit 2-facher Maximierung pro Kalenderjahr.

bei Personenschäden	EUR	-fach Max.
bei Sach-, Vermögens und sonstigen Schäden	EUR	-fach Max.

Ein aktueller Versicherungsnachweis (nicht älter als 6 Monate) / eine entsprechende Erklärung des Versicherers ist als **Anlage G** beigelegt.

3.3 Erklärung zur Anzahl der fest angestellt Beschäftigten oder Inhaber

Angaben zur Anzahl der Berufsträger im bewerbenden Unternehmen in jedem Jahr der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre und aktuell.

Ingenieure, Bachelor/Master of Science/Engineering als fest Angestellte oder Inhaber in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Die Angabe muss je Bewerber oder Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft erfolgen.

Geschäftsjahr	Anzahl Berufsträger (s.o.)
2023	
2024	
2025	
Aktuell	

3.4 Berufliche Leistungsfähigkeit / Referenzen

1. Zum Nachweis der beruflichen Leistungsfähigkeit sind Angaben über einschlägige Planungsleistungen einzureichen, die im Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erbracht wurden. Nachzuweisen sind insbesondere Unternehmensreferenzen über Planungsleistungen für Hochbauvorhaben vergleichbarer Art, Größe und Komplexität. Die Referenzen müssen mindestens Angaben zur Bezeichnung und zum Ort des Projekts, zum Auftraggeber, zum Zeitraum der Leistungserbringung, zu den erbrachten Leistungsphasen sowie zu den Baukosten der Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276 enthalten.

Für jedes eingereichte Referenzprojekt ist ein separates Blatt Anlage H auszufüllen, zusätzlich sind die Referenzen in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen zu belegen (max. 2 DIN A4 Blätter).

2. Mindestbedingungen:
 - (i) Es sind mindestens zwei vergleichbare Unternehmensreferenzen einzureichen.
 - (ii) In jedem Referenzprojekt müssen die Leistungsphasen 4 bis 8 gemäß § 34 HOAI vollständig erbracht worden sein, bei Erbringung der LP 7 genügt eine teilweise Erbringung. Die Leistungsphase 4 darf nicht vor dem 01.01.2021 begonnen worden sein und die Leistungsphase 8 muss spätestens bis zum Ablauf der Teilnahmefrist vollständig abgeschlossen worden sein.
 - (iii) Die Baukosten der Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276 müssen bei jedem Referenzprojekt mindestens 2.500.000 EUR netto betragen.

Die Referenzen sind vergleichbar, wenn sie hinsichtlich Art, Umfang, Größe, Komplexität und organisatorischer Anforderungen den zu vergebenden Leistungen entsprechen. Eine identische Nutzungsart wird nicht vorausgesetzt.

3. Auswahl der Bewerber bei mehr als fünf geeigneten Bewerbern

Sollten mehr als fünf Bewerber die vorstehenden Mindestbedingungen erfüllen, wird unter diesen Bewerbern eine Bestenauslese anhand der nachfolgenden Kriterien durchgeführt. Für die Auswahlwertung werden höchstens fünf vom Bewerber zu benennende Referenzprojekte berücksichtigt.

Jeder Bewerber erhält zunächst 5 Punkte, wenn er mindestens zwei geeignete Referenzprojekte vergleichbarer Art, Größe und Komplexität nachweist.

Der Bewerber erhält insgesamt 7 Punkte, wenn er darüber hinaus mindestens ein geeignetes Referenzprojekt nachweist, das für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht wurde. Das Referenzprojekt muss die unter Ziffer 1 und 2 genannten Mindestanforderungen erfüllen.

Der Bewerber erhält insgesamt 10 Punkte, wenn er zusätzlich zu den Voraussetzungen für die Vergabe von 7 Punkten mindestens ein geeignetes Referenzprojekt über ein gefördertes Bauvorhaben nachweist, bei dem er nachweislich mit fördermittelbezogenen Aufgaben befasst war. Hierzu zählen insbesondere die Ermittlung und Abgrenzung förderfähiger und nicht förderfähiger Kosten, die Abstimmung mit dem Fördermittelgeber oder der Bewilligungsbehörde, die Bearbeitung von Mittelabrufen, die Berücksichtigung fördermittelbedingter Planungsanforderungen sowie die Erstellung prüffähiger Dokumentationen oder Verwendungsnachweise.

Die Voraussetzungen für die Vergabe von 7 beziehungsweise 10 Punkten können durch eine oder mehrere Referenzen nachgewiesen werden. Eine Referenz darf zugleich als öffentliche Auftraggeberreferenz und als Förderreferenz berücksichtigt werden.

Die fünf Bewerber mit der höchsten Punktzahl werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei Punktgleichheit auf dem für die Auswahl maßgeblichen Rang entscheidet das Los über die Auswahl der verbleibenden Bewerber.

4.) Folgende Referenzprojekte werden zusammen mit dem Teilnahmeantrag eingereicht:

fortlaufende Nummerierung	Projekttitlel



Stadt Bielefeld
Immobilien-servicebetrieb

ANLAGEN

ANLAGE A (zu 1.3) **weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft**

Name des Mitglieds der Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

Angaben eines weiteren Mitglieds der Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft

***Achtung: Für jedes genannte Mitglied der
Bewerbergemeinschaft gelten die Abschnitte 2 und 3 des
Teilnahmeantrags gleichermaßen.***

***Daher sind die Abschnitte 2 und 3 dieses
Teilnahmeantrags von jedem Mitglied der Bewerber- /
Bieter- / Arbeitsgemeinschaft jeweils separat auszufüllen
und dieser ANLAGE A beizufügen.***

ANLAGE B (zu 2.1)

Nachweis einer geforderten Berufsqualifikation gem. § 75 VgV

ANLAGE C (zu 2.2)

Verpflichtungserklärung zur Leistungsbereitstellung von Unterauftragnehmern

Mit Vorlage der Bewerbung muss der Unterbeauftragte rechtsverbindlich erklären, dass er zur Auftragsausführung der benannten Auftragsteile zur Verfügung steht. Sollte dieser bei Beauftragung nicht mehr zur Verfügung stehen, besteht ein Sonderkündigungsrecht.

ANLAGE D (zu 2.3)

Erklärung Eignungsleihe und Haftungserklärung

Bewerber/Bieter	Vergabe-Nr.
-----------------	-------------

Vergabeverfahren

Ich/Wir beabsichtige(n), im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle bzw. technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten von anderen Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe).

Ich/Wir erkläre/n, dass mir/uns die für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien erforderlichen Kapazitäten durch folgenden Eignungsleiher zur Verfügung gestellt werden.

Der Eignungsleiher hat mir/uns gegenüber erklärt, dass keine Ausschlussgründe¹ vorliegen.

Mir/Uns ist bewusst, dass sich die Vergabestelle jederzeit die Nachweise und Eigenerklärungen vorlegen lassen kann.

Angabe der Kapazitäten	Eignungsleiher (Name, Vorname oder Unternehmens- bezeichnung sowie Kontaktdaten)

Haftungserklärung des Eignungsleihers:

Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.

(Ort, Datum, Unterschrift, Firmenname des Eignungsleihers)

¹ Diese ergeben sich aus den in den Vergabeunterlagen enthaltenen Eigenerklärungen.



ANLAGE E (zu 2.5)

Aktueller Handels-/Partnerschaftsregisterauszug

ANLAGE F (zu 2.8)

Eigenerklärung

zur Umsetzung von Artikel 5kⁱ Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025)

12. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
 - d) sowie nicht durch sonstige Formen der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle im Sinne des Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (z. B. über Stimmrechte, Vereinbarungen oder vergleichbare Einflussmöglichkeiten).
13. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
- Dies gilt auch für mittelbar beteiligte Unternehmen und die gesamte Lieferkette, soweit diese für die Leistungserbringung relevant ist.
14. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.
- Änderungen in der personellen oder unternehmerischen Struktur, die zu einem Verstoß gegen Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 führen könnten, werden dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt.
15. Ich/Wir erkläre(n), dass keine Umgehungshandlungen vorgenommen werden, insbesondere keine Einschaltung von Drittstaaten, Treuhandkonstruktionen oder verbundenen Unternehmen zur Umgehung der Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 erfolgt.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über den Vergabemarktplatz NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese vom Bewerber bzw. Bieter als unterschrieben. Sofern in Ausnahmefällen die Abgabe auf dem Postweg zugelassen wird, ist die Eigenerklärung zu unterschreiben.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

Name des Unternehmens

ⁱ Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a. den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen

Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung.

- b. die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c. die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d. die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e. soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

(5) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(6) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

ANLAGE G (zu 3.2)

Aktueller Nachweis der geforderten Berufshaftpflichtdeckung gem. § 45 (4) Nr. 2 VgV

ANLAGE H - Referenzbogen

Für jedes eingereichte Referenzprojekt ist ein separates Blatt **Anlage H** auszufüllen. Zusätzlich sind die Referenzen in Form von aussagekräftigen Bildern und Beschreibungen zu belegen. (max. 2 DIN-A4-Blätter)

Lfd Nr. von

Projektbezeichnung		Ort	
Projektart		☐ Einzellosvergaben ☐ Funktionale Ausschreibung	
Abschluss der LPH 8 der Objektplanung Gebäude und Innenräume? <i>[Mind. "JA"]</i>			
☐ JA ☐ NEIN			
Nettogrundfläche des Gebäudes (NF) in m ²			
Welche Leistungsphasen wurden übernommen? <i>[Mind. LPH 4 – 8, bei LPH 7 genügt teilweise Erbringung]</i> LPH		Projektkosten in € netto (KG 300 + 400) <i>[Mind. 2,5 Mio. € netto]</i>	
Art des Projektes, Kurzbeschreibung, (evtl. fördermittelbezogene Aufgaben)			
Projektleiter		Ansprechpartner Auftragnehmer (Kontakt, Telefon)	
Auftraggeber		Ansprechpartner Auftraggeber (Kontakt, Telefon)	
Öffentlicher Auftraggeber			
☐ JA ☐ NEIN			
Projektpartner (bei Arbeitsgemeinschaften)			
Die Projektleitung lag bei (Büro)			